53. Jahrgang. № 34. Mittwoch, 3. Februar 1909.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2.50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3.50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis mittags 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.
Chocoladen, Cacaos Desserts.
Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Ullrichs Pianinos
sind **vorzüglich,** dabei sehr **preiswürdig.**
1 Pirnaische Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

Nervenschmerzen
aller Art, Neuralgie, Kopf- und Gliederreissen, rheumatische und gichtische Attacken werden ungemein gelindert und meist schnell beseitigt durch „Schmuckers nervenstärkenden und nervenberuhigenden Menthol-Spiritus". Echt in Flaschen zu 60 Pf., 1.20 und 3.— Mk. Versand nach auswärts.
Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Rodel-Schlitten
in allen Ausführungen, lenkbar, mit Bremse, von Holz und Stahl. Grösste Auswahl.
K. S. Hoflief. **B. A. Müller,** Prager Str. 32/34.

Bruchbänder und Leibbinden sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt **Carl Wendschuchs Etablissement Struvestrasse 11.**

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, Niederschläge.

Vor dem Dresdner Landgericht begann gestern ein Monsterprozeß wegen Wechselbetrügereien.

Komtesse Irene von Bismarck hat sich mit dem Privatdozenten der Theologie Glawe in Berlin verlobt.

In Kiel begann gestern die Verhandlung wegen der großen Veruntreuungen auf der Kieler Reichswerft.

Rechtsanwalt Dr. Dietz-Karlsruhe hat den Antrag um Wiederaufnahme des Hau-Prozesses eingereicht.

In dem Orte Steinheid bei Sonneberg wütet Großfeuer. Doppelwohnhäuser sind bisher abgebrannt.

Die neue englische Marinevorlage wird 120 Millionen Mark mehr verlangen als im Vorjahre.

Die Pariser Sorbonne wird ebenfalls einen Lehrstuhl für Aeronautik erhalten.

In der Nähe von Siena kam es zwischen Mitgliedern der Bauernliga und Gendarmen zu einem blutigen Zusammenstoß.

Die böhmische Sprachenvorlage

stellt einen ungemein wichtigen Fortschritt in der inneren Politik Oesterreichs dar. Wenn die Dinge ihren programmgemäßen Verlauf nehmen, wird der bedeutsame Entwurf morgen dem Abgeordnetenhause vorgelegt und damit ein Markstein in der nationalen Entwicklungsgeschichte Oesterreichs gesetzt werden, der auch dann, falls das große Werk schließlich doch noch an dem hartnäckigen Unverstande des Nationalitätenhaders scheitern sollte, die Wiener Zentralregierung vor dem geschichtlichen Urteile entlasten wird, indem er von dem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit und ihrem ernsten Willen zu einer durchgreifenden Regelung der böhmischen Verhältnisse Zeugnis ablegt. In den bereits mitgeteilten Einzelheiten des Entwurfs sich zurecht zu finden, ist für den fernstehenden Beobachter, der sich mit der verwickelten Eigenart des böhmischen Sprachenwirrwarrs nicht genau vertraut gemacht hat, nicht ganz leicht. Schält man aus der Fülle der Einzelbestimmungen den grundsätzlichen Kern heraus, nach den authentischen Mitteilungen, die bereits über den Inhalt des Entwurfs vorliegen, so ergibt sich ein doppeltes Ziel, dessen Erreichung die Regierung anstrebt: einmal die Neuordnung des behördlichen Sprachengebrauchs unter Aufhebung der bisherigen sogenannten inneren deutschen Amtssprache durch Schaffung von einsprachigen und gemischtsprachigen Bezirken, mit der Maßgabe, daß in den rein deutschen Bezirken nur die deutsche, in den rein tschechischen nur die tschechische Sprache vorherrschen soll, während in gemischtsprachigen Gegenden beide Sprachen auf gleichen Fuß gestellt werden. Daneben soll die Verwaltung durch Begründung von territorialen Kreisen mit Kreisvertretungen ausgebaut werden, und von dem Zusammenwirken dieser beiden Maßregeln erhofft die Regierung den Erfolg einer Verminderung der nationalen Reibungsflächen zwischen Deutschen und Tschechen. Das Prinzip der Vorlage ist also die Neueinführung von Verwaltungsgebieten, die in sprachlicher und nationaler Hinsicht nach Möglichkeit auf einheitlicher Grundlage aufgebaut sind.

Anzuerkennen ist bei dem Vorgehen der Regierung in erster Linie die Entschlossenheit, mit der sie endlich in der böhmischen Sprachen- und Verwaltungsfrage den viel umstrittenen Weg der Verordnungen verlassen und sich auf die Bahn der gesetzlichen Regelung der gesamten Materie begeben hat, die allein die Möglichkeit einer endgültigen Beilegung des Streites bietet. Die Regierung hat damit zweifellos zunächst, d. h. unbeschadet der ihr weiter obliegenden Pflicht des Festbleibens, ihre Schuldigkeit getan, und Sache der Parteien und des Parlaments wird es nun sein, die ihrige zu tun, um über allen Streit der widerstrebenden Interessen hinweg die Vorlage zu verabschieden und dadurch nicht bloß Böhmen, sondern dem österreichischen Gesamtstaate den inneren Frieden zu sichern, dessen er zu seiner gedeihlichen Weiterentwicklung so dringend bedarf. Wie sehr die böhmische Frage in erster Linie der Lösung benötigt, in welchem Maße von ihr das Wohlergehen der gesamten Monarchie abhängt, zeigt sich gerade jetzt wieder an der völligen Unsicherheit und Zerfahrenheit der parlamentarischen Lage, die im Wiener Abgeordnetenhause unter der zersetzenden Einwirkung des deutsch-tschechischen Haders eingerissen ist. Alle die Uebelstände, die politische Optimisten durch die Wahlrechtsreform als ein für allemal behoben ansehen zu dürfen glaubten, haben sich plötzlich wieder eingestellt und drohen die Arbeitsfähigkeit des Parlaments aufs neue in solchem Maße lahm zu legen, daß sogar das verfassungsfeindliche Gespenst des § 14, des sogenannten Notstandsparagraphen, wieder auftaucht. Danach behilft sich die Regierung mit Verordnungen, wenn das Parlament versagt und die Parteien in blindem Nationalitätenhaß sich gegenseitig die Köpfe blutig schlagen, statt fruchtbare Arbeit zu leisten und sich auf dem Gebiete der gemeinsamen gesamtstaatlichen und wirtschaftlichen Interessen nach dem Gebote der politischen Vernunft zusammenzufinden. Die Zersplitterung des Abgeordnetenhauses ist unter der Einwirkung der böhmischen Krise bereits wieder auf einen solchen Grad gestiegen, daß trotz der schwierigen auswärtigen Lage nicht einmal die Bewilligung des Rekrutenkontingents gesichert erscheint und die Regierung mit der Möglichkeit rechnet, hierfür den Notstandsparagraphen heranzuziehen. Auch sonst ist alles ein Tohuwabohu. Von der verhältnismäßigen Ordnung des parlamentarischen Geschäftsganges, die bei dem zweifellos zu früh erfolgten Rücktritt des Freiherrn von Beck herrschte, ist nichts mehr zu spüren. Eine der größten Errungenschaften des Systems Beck, die Eisenbahnverstaatlichungsvorlage, wird zugleich mit dem Rekrutenkontingent von der zu neuem Leben erwachten Obstruktion bedroht, und dem gleichen Schicksal ist die soziale Versicherung verfallen. So ist alles wieder in Fluß geraten, und in der allgemeinen Bewegung soll nun die böhmische Sprachenvorlage, die gleichfalls in ihren Grundzügen bereits unter dem Ministerium Beck fertiggestellt wurde, dazu dienen, den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht zu schaffen, um den sich nach Ausscheidung des verderblichen böhmischen Zersetzungsstoffes eine positive parlamentarische Tätigkeit im gesamtösterreichischen Interesse wieder ankristallisieren kann.

Es ist in der Tat ein unleidlicher, auf die Dauer schlechterdings nicht erträglicher Zustand, daß die böhmische Frage für sich allein das ganze öffentliche Leben Oesterreichs förmlich terrorisiert. Sobald im Parlament irgendeine, das Wohl des Gesamtstaates oder nichtböhmischer Kronländer und Nationalitäten berührende Frage angeschnitten wird, erscheinen alsbald die Tschechen auf der Bildfläche und verhindern auf dem Wege der Obstruktion die sachliche Beratung; darunter leiden auch die deutschen Interessen außerhalb Böhmens auf das empfindlichste. Somit ist die Durchführung der böhmischen Sprachen- und Verwaltungsreform nicht bloß ein zwingendes Gebot des zentralstaatlichen Interesses in Oesterreich, sondern entspricht ebenso sehr dem natürlichen Vorteil aller einzelnen Nationalitäten, die nicht in so blinder Weise im Hasse verrannt sind, wie die Tschechen gegenüber dem Deutschtum. Darüber also, daß die Beilegung des böhmischen Sprachenstreites eine Lebensfrage für Oesterreich ist, kann kein Zweifel herrschen. Die Frage ist nur, ob sich in der Wiener Zentralregierung der jetzt von der Situation gebieterisch verlangte „Mann mit starker Faust" finden wird, dessen Energie weit genug reicht, um die einmal als unentbehrlich für den inneren Frieden Oesterreichs erkannte Sprachenvorlage auch gegen die anmaßende Begehrlichkeit der Tschechen durchzusetzen und diesen praktisch klar zu machen, daß auch die Deutschen in Böhmen ein Recht auf eigene nationale Existenz besitzen. Wenn es in einem Stimmungsbericht aus Wien heißt, das Land lechze förmlich nach einem solchen entschlossenen Manne, so dürfte das die allgemeine Empfindung wohl richtig kennzeichnen. Ob Baron Bienerth zur Durchführung einer solchen Politik der Unerbittlichkeit die geeignete Persönlichkeit ist, wird sich nach dem Grade des Hochdrucks bemessen lassen, den er bei der Verwirklichung der von ihm angedrohten Maßregeln gegen die tschechische Obstruktion entwickelt.

Die Deutschen Oesterreichs haben in zielbewußter Würdigung des schicksalsvollen Wendepunktes, den die Sprachenvorlage der Zentralregierung bedeutet, sich ohne Unterschied der engeren Parteirichtung fest zusammengeschlossen, sogar die Christlich-Sozialen nicht ausgenommen. Der Bürgermeister Lueger hat in diesem Falle einmal seinen klerikalen Neigungen gründlich den Laufpaß gegeben und sich mit seinen Getreuen fest um das gemeinsame deutschnationale Panier geschart, so daß nun freiheitliche und christlich-soziale Deutsche als einträchtige Brüder beieinander wohnen und in gemeinsamer Schlachtlinie bereit sind, der Regierung bei ihrem Kampfe um die Sprachenvorlage den Rücken zu decken. Dabei tritt in der deutschen Gemeinbürgschaft das Bestreben hervor, allzu radikale deutsche Forderungen abzudämpfen, um der möglichst glatten Erledigung der Vorlage keine Steine in den Weg zu rollen. Ebenso wird von seiten der übrigen slawischen Parteien auf die Tschechen im mäßigenden Sinne eingewirkt, weil man es dort augenscheinlich müde ist, bloß um der nimmersatten tschechischen Begehrlichkeit willen alle zwingenden eigenen Interessen fortgesetzt vernachlässigt zu sehen. Der Erfolg dieser Bestrebungen muß abgewartet werden. Daß die Vorlage ohne beiderseitige Nachgiebigkeit, sowohl im deutschen wie im tschechischen Lager, nicht durchgebracht werden kann, liegt auf der Hand. Ebenso klar ist es aber auch für jeden unvoreingenommenen Beurteiler der böhmischen Verhältnisse, daß die Tschechen die eigentlichen Friedensstörer sind, die dem deutschen Volksstamme keine ehrliche Gleichberechtigung gönnen, sondern ihn zu einer politisch rechtlosen, bloß geduldeten Minderheit in Böhmen herabdrücken wollen. Dieser tschechischen Anmaßung endlich durch ein Sprachengesetz den Garaus zu machen, gebietet das dringendste Interesse des österreichischen Gesamtstaates in solchem Maße, daß der Staatsmann, dem es vergönnt ist, seinen Namen unter das vom Parlament genehmigte böhmische Sprachengesetz zu setzen, auf der Stufenleiter der um das Wohl Oesterreichs verdienten Männer eine der höchsten Sprossen einnehmen wird.

Neueste Drahtmeldungen vom 2. Februar.

Allgemeiner Deutscher Bergarbeiter-Kongreß.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf dem Kongreß nahmen heute auch einige Vertreter des sächsischen Bergbaues das Wort. Jäger-Borna, alter Verband, sagte, im Leipziger Braunkohlenrevier seien die Mißstände noch viel krasser als in den Steinkohlenrevieren. Es hätten zwar die Braunkohlenreviere den Vorteil, daß sie keine schlagenden Wetter bekommen, aber das Raubsystem sei weit schlimmer ausgebaut. Das Revier des Leipziger Berginspektors sei viel zu groß, so daß er gar nicht alles sehen könne, auch wenn er wolle. Redner kritisierte dann die Arbeiterverhältnisse auf der Zeche „Victor" bei Lochstedt. Deren Direktor Edler von der Planitz habe die Arbeiter „Lügner" genannt, aber der Berginspektor habe den Arbeitern recht gegeben. Ein Arbeiter aus dem Zittauer Braunkohlenrevier führte aus, daß die Braunkohlengruben infolge schlechter Wetterführung enorme Hitze aufwiesen. Man findet Temperaturen bis zu 30 und 40 Grad Celsius. Es existierten noch 9- und 10stündige Schichten. Trotzdem nach bergpolizeilichen Bestimmungen an Orten mit abnormer Hitze die Arbeitszeit eingeschränkt werden soll, schere sich keine Teufel um diese Bestimmung.

Berlin. Der Allgemeine Bergarbeiter-Kongreß nahm, wie einem Teile der Leser bereits mitgeteilt, einstimmig eine Erklärung an, in der eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung der Grubenkontrolle unter voller Sicherung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Arbeiterkontrolleure verlangt wird. Die Arbeiterkontrolleure sollen, um die Unabhängigkeit und Selbständigkeit, sowie eine ständige Aufsicht zu ermöglichen, nicht im Arbeitsverhältnis zu den Zechen stehen und aus direkter und geheimer Wahl hervorgehen, sowie jederzeit die Grubenbefahrung vornehmen können. Auf je 2000 Mann Belegschaft muß ein vom Staate besoldeter Arbeiterkontrolleur entfallen. Wahlberechtigt ist jeder großjährige Arbeiter, wählbar jeder Arbeiter, der fünf Jahre hindurch Häuer und ein Jahr auf einem Werke oder im Bereiche des Inspektionsbezirkes an der Grube beschäftigt war. Beschwerden und Mitteilungen der Arbeiterkontrolleure über Mißstände auf den Zechen müssen von den Bergbehörden jederzeit berücksichtigt werden.

Verlobung im Hause Bismarck.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Tochter der verwitweten Gräfin Wilhelm Bismarck, Komtesse Irene von Bismarck, hat sich mit dem Privatdozenten der Theologie Glawe verlobt. Glawe kam als Hauslehrer in die Familie der Gräfin Bismarck. Die Gräfin Wilhelm Bismarck war anfangs dem Verlobungsplane abgeneigt, gab aber nach näherer Prüfung und gegenüber dem festen Entschluß ihrer Tochter ihre Einwilligung. Die Hochzeit soll sehr bald in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche stattfinden.

Aus dem französischen Ministerrat.

Paris. Im heutigen Ministerrat machte der Minister des Aeußeren Pichon Mitteilung über den Stand der türkisch-bulgarischen Angelegenheit. Er ging auf den russischen Vorschlag ein, der auf vollständige Befriedigung der Türkei im Namen Bulgariens und auf eine darauffolgende Verständigung mit Bulgarien in betreff der Zurückerstattung hinziele. Frankreich, England und Rußland seien in dieser Frage einig, und die französischen Vertreter hätten Weisung erhalten, sich mit ihren auswärtigen Kollegen hinsichtlich der Durchführung des russischen Vorschlages ins Einvernehmen zu setzen. — Darauf behandelte Marineminister Picard Marine-Angelegenheiten. Er zählte die Maßnahmen auf, die zur Feststellung der nötigen Kredite und zur vollständigen Nutzbarmachung des Materials getroffen